#VERKEHRSPOLITIK #POLITIK #GIGALINER #GÜTERVERKEHR 13. Februar 2024

EVG bekräftigt NEIN zu Gigalinern

Im Vorfeld der Beratungen des EU-Verkehrsausschusses bekräftigt die EVG ihre Ablehnung gegen überlange und überschwere LKW. Am 14. Februar geht es in die nächste Runde, um die künftigen Maße und Gewichte von schweren Nutzfahrzeugen festzulegen.

Die EVG sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt, dass offenbar damit der Weg geebnet wird, Riesen-Lkw europaweit zuzulassen. Wir haben deshalb alle EU-Parlamentarier aufgerufen, diesen irrwitzigen Plänen eine klare Absage zu erteilen.

Schon in einem vorangegangenen Schreiben an die Abgeordneten im EU-Verkehrsausschuss hatten wir eindringlich vor den Gefahren der sogenannten Gigaliner für Beschäftigung, Klima und Verkehr gewarnt. Diese Lkw-Anhänger-Kombinationen sind fast sieben Meter länger als herkömmliche Lkw. Mit einer Zulassung der über 25 Meter langen und bis zu 60 Tonnen schweren Riesenlaster...

- würde der klimaschädliche Lkw-Fernverkehr weiter verbilligt werden,
- wären tausende Arbeitsplätze bei den europäischen Güterbahnen gefährdet,
- drohen bei der Verkehrssicherheit neue Risiken,
- würden Milliarden für die Anpassung der Infrastruktur (Bahnübergänge, Tunnel, Nothaltebuchten, Kreisverkehre, Parkplätze etc.) fällig,
- steigt der Instandhaltungsaufwand für Straßen und Brücken,
- wird es keine CO_2-Einsparungen im Verkehr geben.

Bereits Mitte vorigen Jahres hatten die EVG, ver.di, unsere Schwestergewerkschaften aus der Schweiz, Österreich und Luxemburg, der Bund für Umwelt und Naturschutz und die Allianz pro Schiene heftige Kritik an dem Vorhaben geübt. Gemeinsam warnen wir, dass durch Riesen-Lkw Güter von der Schiene auf die Straße verlagert und zusätzliche Lkw-Transporte lukrativ würden.

Laut EU-Kommission ist der Güterverkehr für mehr als 30 Prozent der CO_2-Emissionen im Verkehrssektor verantwortlich. Nur mit mehr Gütertransporten auf der umweltfreundlichen Schiene werden die klimapolitischen Ziele von Bundesregierung und der EU erreichbar sein.

Am 14. Februar will der EU-Verkehrsausschuss abschließend beraten. Die erste Lesung im Plenum des EU-Parlaments ist dann schon für den 11. März geplant.